

Bezugspreis:
Vierteljährlich 45.— M., monatlich 15.— M.,
bei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., einjährig 120.—
M., halbjährig 60.— M., unter Anrechnung der
Postgebühren. Unter Anrechnung für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Saarbrücken, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich-
Ungarn und Luxemburg 25.— M., für
das übrige Ausland 32.— M., Post-
belegungen sind an Oesterreich,
Litauen, Estland, Lettland, Däne-
mark, Holland, Preussens, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wohlfahrt und Feiertag“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Bildung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die Jahrgangspost-Kontingente
sind 7.— M. „Kleine Anzeigen“
das letzte Blatt der 2.— M. (un-
abhängig vom Zeitbezug), jedes
weitere Blatt 1.50 M. (Stückpreis
und Schlußkennzeichen das erste
Blatt 1.50 M., jedes weitere Blatt
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zentralschickung.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckerei-Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geht
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 21. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Europäische Konferenz im Januar?

London, 21. Dezember. (W.T.B.) Ueber die gestrige
Konferenz verläutet Lloyd George habe für Anfang
Januar eine Fünfmächtekonferenz vorgeschlagen,
zu der auch die Vertreter Russlands und Deutschlands ein-
geladen werden sollen.

Paris, 21. Dezember. (W.T.B.) Der Londoner Sonderbericht-
erstatter der Agence Havas meldet zu dem englischen Plans, eine
Konferenz der alliierten Staaten einzuberufen, daß man gerne den
Kreis dieser Zusammenkunft erweitert sehen würde, indem zu
diesem Kongreß außer den alliierten Staaten und der kleinen
Entente die früher feindlichen Staaten Deutschland, Oesterreich,
Ungarn usw. sowie Rußland und die europäischen neutra-
len Staaten eingeladen würden. Eine grundsätzliche Zusam-
mung Briands zu diesem Vorschlag Lloyd Georges scheint nicht
in weiter Ferne zu sein. Sie würde übrigens nur unter gewissen
Vorbehalten erfolgen. So beabsichtigt Briand, auf den finanziellen
Verpflichtungen Deutschlands zu bestehen. Damit eine derartige
Konferenz Aussicht auf Gelingen habe, sei es vom Standpunkt des
französischen Ministerpräsidenten aus erforderlich, daß ein eng-
lisch-französisches Abkommen in irgendeiner Form
die Grundlage dazu bilde. Diese Zusammenarbeit vorzubereiten,
sei Sache der beiden Ministerpräsidenten, die sich bemühen würden,
zu gemeinsamen Gesichtspunkten zu gelangen oder über die auf
dieser eventuellen internationalen Konferenz zu behandelnden
Progen wenigstens eine möglichst enge Verständigung zu erzielen.

Paris, 21. Dezember. (W.T.B.) Briand erklärte dem Sonder-
berichterstatter des „Matin“, die Meldung, Lloyd George habe eine
Entente zu Dreien mit Deutschland als Partner vorgeschlagen,
keine Erfindung. Demgegenüber hält der Sonderbericht-
erstatter des „Echo de Paris“ die Nachricht aufrecht, daß Lloyd
George einen derartigen Vorschlag unterbreiten wolle.

Die Besprechungen Horne-Loucheur.

London, 21. Dezember. (W.T.B.) Zu den Besprechungen zwischen
Loucheur und Robert Horne erzählt der Londoner Berichterstatter
des „Welt Parisien“, daß die Besprechungen um 3 1/2 Uhr begannen
und um 6 1/2 Uhr beendet wurden. Man erörterte das französische
Memorandum wegen der deutschen Zahlungen und die französischen
Vorschläge wegen der deutschen Garantien, namentlich das künftige
Statut der deutschen Reichsbank, das dieser gegeben
werden soll, wurde eingehend besprochen. Engländer wie Franzosen
glauben, daß die Reichsbank von der Oberherrschaft des
Reiches befreit werden müsse, damit der Notenumlauf
eingeschränkt werde. Man wendet aber auch ein, daß die
Unabhängigkeit der Reichsbank gleichzeitig die Pfänder vermindern
würde, die die Alliierten besitzen und die in den Goldreserven der
Reichsbank bestehen. Deshalb müsse man diesen Plan im Interesse
der Gläubiger Deutschlands selbst erst eingehend erörtern. Man
glaubt, daß für die Reichsbank daselbst Statut ausgearbeitet werden
wird, wie es die Bank von England besitzt. Es wurde die
Möglichkeit ins Auge gefaßt, Deutschland eine internationale
Anleihe zu gewähren, welche in den nächsten zwei bis drei
Jahren die Reparationszahlungen decken sollte. Hierüber ist aller-
dings ein Einverständnis noch nicht zustande gekommen. Die Be-
sprechungen zwischen den Sachverständigen werden heute vormittag
um 10 Uhr fortgesetzt werden. Wenn es vor 11 Uhr zu einem
Einverständnis zwischen ihnen kommen sollte, so werden ihre Vor-
schläge den beiden Ministerpräsidenten vorgelegt werden.

Paris, 20. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence
Havas meldet aus London: Loucheur hat einen Plan ausgearbeitet,
der dazu bestimmt ist, den Deutschland am 10. Mai 1921 bekannt-
gegebenen Zahlungsplan zu ergänzen. Unter den von der franzö-
sischen Regierung geforderten Bürgschaften befindet sich die Auf-
stellung einer vollständigen und ausführlichen Statistik der Aus-
fuhr und der Einfuhr seitens der deutschen Regierung. Ueber
diesen besonderen Punkt hat unter den Sachverständigen eine ein-
gehende Aussprache stattgefunden, und es ist folgende Vorfrage
aufgeworfen worden: Ist Deutschland tatsächlich imstande, die
Zahlung zu leisten, zu der es sich für den 15. Januar nächsten
Jahres verpflichtet hat? Die französischen Sachverständigen haben
sich bemüht, an der Hand von Dokumenten ihren englischen Kollegen
zu beweisen, daß die Antwort nur bejahend lauten kann. An-
scheinend haben sie sich bereits überzeugt.

Wenn dies erreicht ist, so würde nichts mehr im Wege stehen,
heißt es in der Meldung des Sonderberichterstatters weiter, daß
Maßnahmen ausgearbeitet werden, um Deutschland zu zwin-
gen, seinen nächsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die französische Note.

London, 20. Dezember. (W.T.B.) Laut „Manchester Guardian“
verlautet von französischer Seite, daß die dem britischen Schaham
gestern unterbreitete französische Note im wesentlichen bedeute,
daß Frankreich bereit sei, einem teilweisen bzw. voll-
ständigen Moratorium für die deutschen Zahlungen zuzustimmen,
jedoch unter Bedingungen. Die Note erinnert daran,
daß, als im vergangenen Mai der alliierte Reparationsplan auf-
gestellt worden sei, ein Garantiekomitee geschaffen wurde. Man

habe diesem Komitee jedoch keinerlei Kontrolle über die
innere Verwaltung Deutschlands gestattet. Darauf sei
der Mißerfolg sowie die Nichterfüllung der deutschen Reparations-
verpflichtungen zurückzuführen. Wenn der deutsche Reichszentral-
bankkommission hinter sich gehabt hätte, so würde er stark genug
gewesen sein, finanzielle Reformen einzuführen, die Deutschland
in die Lage versetzt hätten, zu zahlen. Die französische Note er-
klärt weiter, es müßten Garantien dafür geschaffen werden, daß
Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt
werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden
Jahre seine Reparationen zu zahlen.

Die genaue Art der von Frankreich geforderten Garantien
sei noch nicht festzustellen, von französischer Seite würde jedoch
angenommen, daß die vorgeschlagenen Garantien umfassen: die
Kontrolle über die deutschen Zölle und die Förderung, daß die
Reichsbank von der deutschen Staatskontrolle
befreit werde, mit anderen Worten, daß sie dieselbe Unabhängigkeit
erhalte, wie sie die Bank von England oder die Bank von
Frankreich besitzt und nicht auf Geheiß der deutschen Regierung eine
unbeschränkte Menge von Papiergeld auszugeben brauche.

Verhandlungsschwierigkeiten.

London, 20. Dezember. (W.T.B.) Der politische Berichterstatter
der „Evening News“ will wissen, daß die Erörterungen zwischen
Lloyd George und Briand verwickelter werden, als man erwartet
hatte. Man habe bei der ersten Unterredung zwischen den beiden
Premierministern erwidert, daß die beiden Länder sich weiter von
einander entfernt hätten, als man anfangs geglaubt
habe. Der politische Berichterstatter des „Star“ schreibt, die franzö-
sische und die britische Ansichten über die Methode der Bezahlung
der deutschen Reparationen gingen so weit auseinander,
daß es eine schwierige und heisse Sache sei, den Schiefer zu stiften
und die Art der Erörterungen zu enthüllen.

Paris, 21. Dezember. (W.T.B.) Der gestrige Tag der Londoner
Besprechungen verlief ergebnislos, was schon darin seinen Ausdruck
findet, daß Briand und Lloyd George am Nachmittag keine Zu-
sammenkunft hatten. Ueber die Vorgänge des Tages liegt ein an-
schaulicher Bericht des „Echo de Paris“ vor. Es heißt da: Bezüglich
der Reparationen wurde gestern erörtert, was man von Deutsch-
land im Jahre 1922 zu erwarten habe und wie dies aufgeteilt wer-
den könnte. Irigendwelche Fortschritte in der Beratung des
Reparationsproblems wurden nicht erzielt. Die großen
Projekte, die Lloyd George noch vor 14 Tagen Loucheur ent-
wickelt hatte, scheinen sich ein wenig verflüchtigt zu haben.
Damals glaubte Lloyd George noch an die Möglichkeit, Amerika zum
Eintritt in seine Kombination bewegen zu können, inzwischen änderte
er jedoch seine Ansicht. Er verzichtete vor allem auf die Rege-
lung der Frage der interalliierten Schulden, weil, wenn
Amerika nicht ebenfalls einen Schuldennachlaß bewilligte, England
in eine schlechte Lage käme. Bezüglich der Besprechungen zwischen
Lloyd George und Briand am Vormittag teilt das genannte Blatt
mit, daß Lloyd George zwei bestimmte Vorschläge machte: Frank-
reichs Sicherheit durch ein englisch-deutsch-französisches
Einverständnis zu garantieren und eine internationale Konfe-
renz einzuberufen, an der auch Deutschland, Oesterreich und Rußland
teilnehmen würden. Die Absicht, ein englisch-französisches
Abkommen zu treffen, stößt natürlich auf den Widerspruch Frank-
reichs, während es sich für die Beschaffung einer internationalen
Konferenz aussprechen würde. Das „Echo de Paris“ befürchtet, daß
sich das Spiel von Spa wiederholen könnte, das Frankreich gelehrt
habe, daß man England nicht auf starke Formeln festlegen könne.

Die Forderungen der Beamten.

Die Beratungen der gewerkschaftlichen Spitzenorgani-
sationen über neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der Re-
gierung ergaben im wesentlichen die Annahme der Vor-
schläge des Deutschen Beamtenbundes: Festhalten an der
Erhöhung der Grundgehälter. Heute vormittag begaben sich
die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen
zum Reichsfinanzminister, um der Regierung nochmal die
Forderungen zu unterbreiten und Verhandlungen zu er-
reichen.

Neue Erhöhungen.

Der Beamtenausschuß des Reichstags beauftragte
gestern seinen Vorsitzenden mit dem Finanzminister Rücksprache zu
nehmen, ob nicht auch die Voranzahlung der Gehälter auf die Orte
in den Ortsklassen C, D und E ausgedehnt werden könnte.

Heute morgen nach Eröffnung der Sitzung berichtete der Vor-
sitzende über seine Unterredung mit dem Herrn Finanzminister. Er
leitete mit, daß der Finanzminister erklärt habe, daß die Reichs-
regierung und er es bedauere, daß die Voranzahlung
des Gehältes nicht auch auf die Ortsklassen C, D und E aus-
gedehnt werden könnte. Der Finanzminister hoffe aber im
Januar eine Neuregelung der Befoldungsordnung vornehmen zu
können, die die Wünsche der Beamten befriedigen würde. Er würde
sich dieserhalb frühzeitig genug mit dem Reichstagsausschuß in Ver-
bindung setzen.

Demokratie als Diktatur.

An dieser Stelle (Nr. 597 vom 19. Dezember) wurde be-
reits die jüngst von Paul Levi herausgegebene Schrift Rosa
Luxemburgs besprochen. Aus den von uns wiedergegebenen
Zitaten ging deutlich hervor, daß Rosa Luxemburg unter Dik-
tatur des Proletariats nichts weiter verstanden wissen wollte,
als eine energische Anwendung der Demokratie zur
Erringung des Sozialismus. Wenn Rosa Luxemburg schreibt:
„Die Diktatur besteht in der Art der Verwendung der
Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung“, wenn
andererseits das in Berlin beschlossene Programm der
Sozialdemokratie sagt: „Die Sozialdemokratische
Partei kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat
organisierten Volkswillens über die Wirtschaft“,
so kann zwischen diesen Auffassungen ein prinzipieller theo-
retischer Unterschied beim besten Willen nicht gefunden werden.

Gewiß gibt es hier graduelle Unterschiede der Taktik und
des Temperaments. Aber da auch Rosa Luxemburg ausdrück-
lich die Diktatur einer Minderheit, die sich durch Handreich
in den Besitz der Staatsgewalt setzt, für ein untaugliches
Mittel erklärt, um die geistige Reife des Volkes zu schaffen,
die Voraussetzung des Sozialismus ist, so kann man nur immer
wieder mit Erstaunen fragen: Worum war nun eigent-
lich alles? Was sollten der Januarputsch von 1919,
was der Märzputsch von 1921, was die dazwischenliegenden
Aktionen, die alle von verschwindenden Minder-
heiten nicht nur des Volkes, sondern gerade auch des Prole-
tariats ausgingen? Was sollte die furchtbare Zerkü-
stung des Proletariats nach der Revolution, was die Auf-
putzung eines Teiles der Arbeiterklasse gegen die Demo-
kratie, was das ständige Bemühen der radikalen Linken, den
Arbeitern die Demokratie zu verweigern, wodurch allein
bisher die Ausnutzung der Demokratie zur Erringung des
Sozialismus verhindert worden ist? Wenn nach dem
9. November das deutsche Proletariat sich geschlossen und
einträchtig bemüht hätte, die gewonnene demokratische
Freiheit in wirtschaftliche Freiheit umzuwandeln, dann wären
wir heute unendlich viel weiter, dann hätte die
Demokratie statt bürgerlicher Mehrheiten sozialistische
Mehrheiten geliefert, die Voraussetzung für die Durch-
führung des Sozialismus sind.

Dies wird vielleicht noch klarer, wenn wir auf die Ged-
dankengänge Rosa Luxemburgs näher eingehen. Ihr Aus-
gangspunkt ist die Verjagung der russischen, aus dem gleichen
Wahlrecht hervorgegangenen Konstituante durch die Bolsche-
wisten. Denn hat diese Maßregel damit verteidigt, daß bei den
Wahlen zur russischen Konstituante die inzwischen eingetretene
Wachstergreifung durch die Bolschewisten den Wählern des
Riesenreiches noch nicht zum Bewußtsein gekommen war.
Rosa Luxemburg gibt dies zu, aber sie fährt fort:

Daraus ergibt sich von selbst der Schluß, daß sie (die Bolsche-
wisten) eben die verführte, also totegeborene konstituierende Ver-
sammlung, kassierten und ungehört Neuwahlen zu einer neuen
Konstituante ausgeschrieben!

Sehr energisch widerspricht dann Rosa Luxemburg der
These Trotskis, daß demokratische Wahlkörper nur die poli-
tische Reife der Wählerschaft in dem Moment wider-
spiegeln, in dem sie gerade zur Wahlurne schritt, daß dann
aber der lebendige geistige Zusammenhang zwischen den ein-
mal Gewählten und der Wählerschaft aufhöre. Sie bemerkt:

Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Er-
fahrung! Diese zeigt uns umgekehrt, daß das lebendige Bindum
der Volkswahlmündigkeit beständig die Beratungskörperlichkeiten um-
spült, in sie eindringt, sie lenkt.

Rosa Luxemburg führt als Beleg hierfür eine Anzahl
historischer Beispiele an, das „lange Parlament“ in England,
die Generalstaaten Frankreichs, selbst die letzte russische Duma,
um dann fortzufahren:

Das alles zeigt, daß „der schwerfällige Mechanismus der demo-
kratischen Institutionen“ einen kräftigen Korrektor hat — eben
in der lebendigen Bewegung der Masse, in ihrem
unausgesetzten Druck. Und je demokratischer die Institution,
je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen
Lebens der Masse ist, um so unmittelbarer und genauer
ist die Wirkung — trotz starrer Parteischilder, veralteter Wählern
usw. Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken
und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen
teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotski und Lenin gefunden: die
Befeitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das
Uebel, dem es steuern soll: es verichüttet nämlich den lebendigen
Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Ungleichheiten
der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das
aktive, ungehemmte, energische politische Leben
der breitesten Volksmassen.

Aus diesen Gedankengängen gelangt Rosa Luxemburg zu
einer gänzlichen Verwerfung des von den Bolschewisten ein-
geführten Wahlrechts, das die Bourgeoisie ausschließt:

Angenommen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrech-
tung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausdrückt, das sie
politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während

es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst einen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation.

Für falsch erklärt die Verfasserin auch die These Lenins, daß die Diktatur des Proletariats eine einfache Umkehrung der Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie in eine Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat sei. Lenin überliest, daß die bürgerliche Klassenherrschaft keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse braucht, ohne die die Herrschaft des Proletariats nicht zu existieren vermag. Aber Trotzki und Lenin haben durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft. Politische Schulung der Massen, so fährt Rosa Luxemburg fort, ist ohne politische Freiheit nicht möglich. Aber:

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Gerechtigkeits“, sondern weil all das Beherrschende, Heißame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Ebenso richtig erkennt Rosa Luxemburg, daß man durch Dekrete und Gewaltmaßnahmen nur die Hindernisse des Sozialismus beseitigen, aber nicht den Sozialismus aufbauen kann:

Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht.

Auch die Versicherung, daß die Demokratie wieder eingeführt werden solle, wenn erst der Sozialismus reiflos verwirklicht sei (in Rußland sieht man noch heute nichts davon), vermag Rosa Luxemburg nicht zu befriedigen. Sie schreibt:

Sozialistische Demokratie beginnt nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Damit zerstört Rosa Luxemburg auch die Brücke, die sich gewisse Vorparlamente des unabhängigen Rogers, wie etwa Crispian, zwischen Demokratie und Diktatur gebaut haben. Das Leipziger Programm der USP. saßt bekanntlich die Diktatur als Übergangsstadium auf, das später durch die Demokratie ersetzt werden soll. In den Sätzen Rosa Luxemburgs findet sich klar ausgesprochen, daß dieses Programm auf falscher Denkweise beruht. Tatsächlich ist das ganze Diktaturprogramm der USP. weniger aus innerer Überzeugung als aus agitatorischen Gründen, aus Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz entstanden. Hatte auch Ledebour auf dem Gothaer Parteitag von 1917 ausgesprochen: „Wir sind Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. . . . Wenn wir aus irgend einem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müssen wir ihn wieder einführen.“

Die USP. steht vor einem neuen Leipziger Parteitag. Von den Eberlein-Kommunisten erwarten wir keine innere Belehrung. Aber die Unabhängigen sollten sich geschehen, daß sie unter der Revolutionspsychose zeitweilig falsche Bahnen eingeschlagen haben, die noch wenige Monate vor der Revolution im Zustand nüchternen Denkens selbst von so radikalen Politikern wie Rosa Luxemburg und Georg Ledebour auf das entschiedenste verworfen worden sind.

Verbot der „Clippischen Landeszeitung“. Die „Clippische Landeszeitung“ wurde vom belgischen Kommandeur in Düsseldorf auf drei Monate verboten.

Einigung und USP.

In der „Freiheit“ werden heute die Anträge veröffentlicht, die von den Organisationen der USP. zu ihrem Leipziger Parteitag gestellt werden. Nicht weniger als 14 dieser Anträge beschäftigen sich mit der Koalitionspolitik und stellen in mehr oder minder scharfer Form die bekannte Abneigung der Unabhängigen gegen eine positive Arbeit innerhalb einer Koalitionsregierung noch einmal fest.

Andere Anträge beschäftigen sich mit der Frage der proletarischen Einigung. So beantragt z. B. der Bezirksverband Berlin-Brandenburg:

Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeigneten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der klassenbewußten Arbeiterschaft gegenüber treten kann. Um aber Erfolge in einem solchen Kampf zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die Grundzüge und Taktik innere Gegensätze vorhanden sind. Ja, es steht zu befürchten, daß eine in bester Absicht vorzeitig zusammengeschlossene Partei dadurch vollkommen wirkungslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jeder neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu beständigen inneren Kämpfen führen. Bevor daher zwischen den zurzeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüber stehen. Zwischen diesen Interessen kann es kein Ueberdrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der USP. als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist. Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mitarbeiten jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die geforderten Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe erfüllen.

Dieser Antrag richtet sich, wie klar zu ersehen, lediglich gegen die Sozialdemokratische Partei. Sie soll das Bekenntnis ablegen, daß sie keine Koalitionspolitik mehr treiben wolle, selbstverständlich ganz ohne Rücksicht darauf, ob damit die Staatsgewalt vollkommen den reaktionären Parteien ausgeliefert würde oder nicht. Den Kommunisten eine entgegengelegte Verbindung zu stellen, etwa nach der Richtung, daß sie auf politische Unternehmungen verzichten und sich auf den Boden der demokratischen Republik stellen sollten, haben die Antragsteller wohlweislich unterlassen.

Die Reiter Unabhängigen machen die Sache viel kürzer und schmerzloser. Sie beantragen, daß alle Einigungsbestrebungen, die sich nicht auf der Grundlage des Leipziger Aktionsprogramms bewegen, strikte abzulehnen seien. Die Zentrale wird verpflichtet, bei dem Einlegen derartiger Bestrebungen sofort durch Wort und Schrift klare Richtlinien herauszugeben, damit evtl. Verwirrungen vermieden werden.

Die Eibinger Organisation erwartet dagegen, daß das Zentralkomitee auch in Zukunft die Vereinigung aller sozialistischen Parteien zu einer Partei fördert. Vereinigungen mit einer oder der anderen Richtung dürfen nur auf prinzipieller Grundlage, nicht auf taktischen Erwägungen, erfolgen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Rechtssozialisten oder Kommunisten handelt. Die Wahrung der Selbständigkeit der USP. soll natürlich nicht ausschließen, zu beiden Richtungen ein kameradschaftliches Verhältnis anzubahnen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form auszutragen. Eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien lehnen auch die Eibinger ab. Dagegen fordern die Insterburger vom Parteitag, daß er sich mehr denn je mit der Frage der Einigung befasse, um dem langersehnten Ziele der Arbeitermassen gerecht zu werden.

Nach dem Inhalt der Anträge zu urteilen, wird die Sozialdemokratische Partei einstweilen wahrscheinlich nicht als „reif“ erachtet werden, einer Einigung mit den Unabhängigen würdig zu

sein. Infolgedessen wird wahrscheinlich noch einige Zeit verstreichen müssen, bis sich in den Reihen der Unabhängigen noch mehr als bisher die Erkenntnis durchsetzt, daß es so wie bisher mit dieser Partei nicht weitergehen kann, daß sie vielmehr eine klare Entscheidung treffen muß, sei es nach der Richtung der Kommunisten, sei es nach der alten sozialdemokratischen Methode des politischen Kampfes.

Noch ein Ankläger!

Aus den Mauern des Zuchthauses erhebt sich nach Kurt Frank eine weitere anklagende Stimme gegen Hugo Eberlein. Um die Wirkung der Veröffentlichung des Zeffin-Materials abzuschwächen, hatte Eberlein bekanntlich die Behauptung aufgestellt, daß der Siegesfäulen-Attentäter Hering (Ferry) ein Polizeispitzel und heimlich aus dem Zuchthaus in Rendsburg entflohen worden sei. Diese Lüge wurde damals sogleich richtiggestellt. Jetzt veröffentlicht „Die Aktion“ eine Zuschrift des Ferry-Hering aus der Zuchthauszelle in Rendsburg, in der Ferry mit den bestigsten Ausdrücken gegen Eberlein protestiert und sich gegen die Verleumdung wendet, daß er ein Polizeispitzel sei. Die Zuschrift schließt mit den Worten:

Würden die Eberlein und Konforten die Fische vernehmen, die gegen sie ausgesprochen wurden von den eingekerkerten Revolutionären, als ihnen das Zeffin-Material enthüllt wurde, sie würden spurlos von der Bildfläche verschwinden. Aber sie werden nicht diese Konsequenz ziehen, denn diese Konsequenz ziehen nur ehrliche und moralisch hochwertige Revolutionäre, nicht aber die Eberlein und Konforten!

Der Rat Ferrys ist nicht neu. Er ist der Eberlein-Zentrale schon von Paul Levi erteilt, aber natürlich nicht von ihr befolgt worden. Die Eberlein und Genossen erklären lieber ihre Opfer für Polizeispitzel, wie sie es ja auch mit Uhlmann-Kempin gemacht haben, den sie im Plenum des Preussischen Landtages als Polizeispitzel abhütetelten, im Untersuchungsausschuß dagegen als aufrechten Revolutionär feierten!

Was wird mit den Spaniern?

Genosse Hermann Müller hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Nach Zeitungsmeldungen ist beabsichtigt, die Spanier, die von den spanischen Behörden der Teilnahme an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato bezichtigt werden, der spanischen Regierung auszuliefern. Entprechen diese Meldungen der Wahrheit?

Wie gedenkt die Reichsregierung die Auslieferung dieser politischen Verbrecher zu rechtfertigen? Hat sie, die Richtigkeit dieser Meldung vorausgesetzt, Schritte getan, um eine Bestrafung der Ausgelieferten zu hindern, die dem Empfinden weiser Volkstrenne in Deutschland widersprechen würde? Schriftliche Antwort genügt.

Oesterreich und die Tschechoslowakei.

Prag, 20. Dezember. (Redung des Tschechoslowakischen Pressebureaus.) In Prag und in Wien wurde heute das politische Abkommen zwischen der tschechoslowakischen Republik und der österreichischen Bundesrepublik veröffentlicht, das zwischen Minister Kautsky in Wien und Bundeskanzler Schöberl abgeschlossen wurde.

In dem Abkommen verpflichten sich beide Staaten, die Verträge von Saint Germain und Trianon in vollem Umfange durchzuführen. Sie garantieren einander die gegenseitigen Staatsgebiete und werden einander zur Sicherung der Integrität der genannten Gebiete in politischer und diplomatischer Hinsicht unterstützen. Sie verpflichten sich zur Wahrung der Neutralität im Falle eines fremden Angriffs auf eine der Vertragsparteien und legen sich gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung von Geheimorganisationen zu. Falls zwischen beiden Staaten nach Abschluß des Abkommens sich strittige Fragen ergeben sollten, verpflichten sich beide Staaten, sich im freundschaftlichen Einvernehmen zu verständigen und gegebenenfalls den Streit dem ständigen internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Sie werden kein Abkommen mit anderen Staaten abschließen, das im Widerspruch zum festgelegten Abkommen stände.

Arbeiterparteien und Sängerbund.

Wenn irgendwo in der Arbeiterschaft eine festliche Veranstaltung geplant wird, so erhebt sich die Frage nach einer stimmungsvollen und würdigen Umrahmung der eigentlichen Feier. Dann erinnert man sich an die große, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Musikabteilung, die aus eigenen Kräften vorwärtsstrebend sich bemüht, zur Hebung der Kultur des Proletariats beizutragen. Dies ist der allen Lesern bekannte „Deutsche Arbeiter-Sängerbund“, dessen Entsehen aufs engste mit den seelischen und materiellen Notizen der jungen Parteibewegung zusammenhängt.

Die ersten Arbeitergesangsvereine waren ausgesprochen politische Vereine, die die niedergedrückte Klasse der Klassenkämpfer seelisch erheben, mit neuer Kraft erfüllen wollten. In der Zeit des Sozialistengesanges sitzen auch viele tapferen Verfechter ihrer Weltanschauung, aber auch sie überstanden es, die Bewegung erstarrte, das künstlerisch geistige Niveau und die Zahl der Mitglieder stieg. 1894 zählte man fast 20 000 Mitglieder, 1904 über 60 000, 1914 über 100 000. Nach dem Rückschlag durch den Krieg und durch die Revolution zählten wir heute über 200 000 singende Arbeiter. Hier wird aufs erstbeste unter Opfern persönlicher Art gearbeitet. Das Tendenzlied, das die Massen entkommen soll, und das Volklied werden gepflegt. Große eigene Konzerte unserer bedeutenden Chöre mit und ohne Orchester, sowie Mitwirkung bei allen Festen der Arbeiterschaft haben oft genug die Leistungsfähigkeit unserer Arbeitergesangsvereine gezeigt. Was man im einzelnen auch zugeben, daß vieles reformbedürftig ist, z. B. unsere Tendenzlieder, die alles andere als revolutionäre Musik sind, so muß man sich doch bewußt sein, welche Rolle im Gefühlsleben unserer Bewegung der Chorgesang spielt. Man kriechen aus unseren festlichen Veranstaltungen, die der Erhebung der Arbeiterschaft gelten, unsere Chormusik weg, wie dürftig, wie nüchtern sehen dann diese Programme aus!

Erkennen die Arbeiterparteien die Bedeutung dieser Leistung? Immer wieder beklagen sich die innerhalb der Sangesbewegung Tätigen über die Interesselosigkeit, über das mangelnde Eingehen auf ihre Wünsche seitens führender Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung und in deren Presse. Und auf der anderen Seite klagt man über die großen Ansprüche, die der Arbeiter-Sängerbund stellt. Wenn man auch ohne weiteres zugeben kann, daß häufig die Leistung nicht im Verhältnis zu dem anspruchsvollen Aussehen mancher von sich durchdringenden Vertreter des Arbeiter-Sängerbundes steht, so muß man anerkennen, daß die idealen Werte dieser Bewegung zu gering geschätzt werden. Wie ein Lohnkampf sich in nachteiligstem Gewinn ausdehnt, ist jedem klar. Wie aber eine seelische Erhebung die innere Leistungsfähigkeit fördert, das ist nicht meßbar und nicht messbar. Und ist doch so wichtig, wie alle das Seelenleben heigernenden Werte. Es ist nötig, daß unsere Parteifunktionäre sich erinnern, daß der Mensch nicht nur eine Maschine ist, die mit einem gewissen Mindestmaß von Brennstoff gehetzt, das Höchstmaß von Arbeit produzieren soll. Nein, in seiner Seele Grundtätigkeiten, die alle seine Leistungen in die Höhe treiben können. Eine der wichtigsten ist die Musik, der Gesang.

Einstmals war Volksmusik Bestandteil der Kultur unseres Volkes; heute leben breite Massen darin nur ein Wasserergüssen.

Wer das Volk zur Kultur führen will, muß sich bewußt sein, wie not es tut, die höheren Triebe zu fördern. Darum müssen die Arbeiterparteien der Volksmusik mehr Aufmerksamkeit widmen. Unterstützt den Arbeiter-Sängerbund, Ihr Angehörigen aller Arbeiterparteien!

50 Jahre genossenschaftlichen Zeitungswesens. Am 17. Dezember feierte das bedeutendste sozialgenossenschaftliche Blatt der Welt, das Organ der englischen Genossenschaften „Co-operative News“ das Fest des 50jährigen Bestehens. Ein halbes Jahrhundert war es das getreue Spiegelbild der gemäßigten Entwicklung der britischen Genossenschaftsbewegung. In seinen Spalten wurden gründlich und offenherzig alle genossenschaftlichen Pläne und Probleme erörtert, wurde der Kampf gegen die natürlichen Feinde und gegen verständnislose Gesetzgeber geführt, wurde über alle wichtigen Vorgänge im in- und ausländischen Genossenschaftsleben berichtet, wurde vor allem ein umfassendes, selbstbewußtes Aufklärungsarbeit über genossenschaftliches Wesen und Wirken getrieben.

Theodor Storms Frauenideal. Ein Fachblatt für Handschriften-sammlungen erscheint jetzt in Berlin unter dem Titel „Die Autographen-Rundschau“. Es veröffentlicht in seinem letzten Hefte aus der Sammlung von Dethel ein paar Briefe Theodor Storms, die er an Hermine von Breuchlen als junges Mädchen gerichtet hat. Sie sind, wie es sich einer so erzentrischen jungen Dame gegenüber gehört, etwas philiströs begütigend. 1873 schreibt ihr Storm, als sie von ihm ihre künstlerischen Versuche beauftragt haben will: „Ich sehe als guter Deutscher die wirtschaftliche Tüchtigkeit, und zwar im hausbackenen Sinne, als das Fundament der weiblichen Bildung an; geist- und kunstreich darf mir eine Frau nur sein, wenn mir, sowie ich ihre Schwelche betreite, überall der Geist der Ordnung und der Sauberkeit entgegenkommt. Glauben Sie mir, meine junge Freundin, wer durch die gewissenhafte Erfüllung der kleinen, trodden und hausbackenen Pflichten die Seele des Lebens einflößt, der hat niemals etwas der Rede wertens davon besessen. Sie sprechen in Ihrem Briefe über das, was Sie etwa vom Leben verlangen können. Verlangen Sie recht viel, aber vergessen Sie dabei nicht, daß das, was wir in dieser Hinsicht das Leben nennen, zum allergrößten Teile wir selber sind.“ Als Storm zum Geburtstag von ihr Blumen bekommt, antwortet er 1880:

Die Tage sind gezüht; vorüber bald
Ist alles, was das Leben einst verführt;
Was will ich mehr, als daß vorm Schlafengehen
Die Jugend mich mit frischen Rosen grüßt.“

Amerikas Beitrag zur Förderung „humaner“ Kriegsführung. Ueber Edgewood, die eine halbe Stunde von Baltimore gelegene amerikanische Fabrik eisiger Gase, die wahrscheinlich die größte ihrer Art auf der Welt ist, berichtet ein englisches Blatt Näheres. Es ist dort eine kleine Armee untergebracht, die ausschließlich für den „chemischen Krieg“ bestimmt ist und aus 100 Chemikern, 101 Offizieren, 2000 Soldaten und 1200 Zivilpersonen besteht. Es wird in Edgewood erstickendes Gas, verbrennendes, erdchenerregendes und tränenerzeugendes Gas hergestellt. Das wirksamste ist jedoch das Bewißt, ein ver-

brennendes Gas von besonderer Kraft. Es breitet sich langsam aus. Der Angriff auf eine Stadt kann damit von Flugzeugen aus mittels Bomben oder Pumprohren erfolgen. Es verbrennt Gasmaste, Kleidung, Haut und Fleisch und zerstört beim Einatmen die Lungen. Man berechnet, daß ganze Bevölkerungen großer Städte mit Hilfe des Bewißt in kurzer Zeit vernichtet werden können. Die Gasbomben, die man jetzt herstellt, werden 2150 Kilogramm wiegen, wobei eine Tonne aus dem Explosivstoff, der Rest auf das Gas gerechnet wird. Die glorreichen Erfinder sind die Professoren Newlands und Lee Lewis. Die Hauptbestandteile sind Arzelen und Arsenit. Ein Schutzmittel dagegen gibt es nicht. Das einzige, so meint das englische Blatt, sei, keinen Krieg zu führen.

Hundered. In England, wo die Buttrankheit der Hunde bisher unbekannt geblieben war, ist längst der erste Tollmut-anfall konstatiert worden, und es ist damit wohl die Zeit gekommen, das englische Gesetz, das den Hunden das Recht zuerkennt, einmal angegriffen zu werden, einer Reform zu unterziehen. Daß dieser Gesetzesparagraph noch zu Recht besteht, beweist eine kürzlich erfolgte Gerichtsentcheidung. Ein Engländer hatte den Besitzer eines Hundes, der seine Frau angefallen und ihr das Kleid zerrissen hatte, auf Schadenersatz verklagt. Der Besagte konnte aber nachweisen, daß der Hund zum ersten Male sich dieser Willkür schuldig gemacht und bis dahin ein einwandfreies Leben geführt hatte. Er wurde auf Grund dieses Beweises freigesprochen. Um das zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das englische Recht den Tieren in bestimmten Fällen gewisse Rechte der Persönlichkeit zuerkennt und daß es daher dem schuldigen Tier die Möglichkeit offen lassen will, sich zu bessern und den Weg der Tugend wieder einzuschlagen.

Die letzten Kraustracker. Im innersten Teile des großen Carpentaria-Balkes, der sich in die tropische Nordseite von Australien einbaut, liegt ganz nahe der Küste von Queensland die Mornington-Insel, ein mitlichem Savannenmoos bestandenes Eiland etwa von der Größe eines Schweizer Kantons. Hier lebten bis vor wenigen Jahren die letzten noch im Urzustand und noch nicht durch die Verührung mit europäischer Kultur körperlich und moralisch verdochten Ureinwohner Australiens. Die einzigen Weibchen, die die Mornington-Insel besucht hatten, waren einige Forschungsreisende, deren letzter, der Schwede Nöberg, durch einen Aufruf an alle gelehrten Gesellschaften Australiens zu erreichen suchte, daß diese letzten Reste eines der interessantesten Naturvölker der Erde gewissermaßen als Naturdenkmal vor jeder ungeeigneten Verührung bewahrt bleibe. Leider hatte dieser Aufruf die entgegengesetzte Wirkung. Die Behörden wurden aufmerksam, und die Regierung von Queensland schickte schleunigst Missionare nach der Insel. Die noch im Steinzeitalter lebenden Einwohnern, von den Missionaren wahrscheinlich eingeschickt behandelt und an der Ausübung ihnen unentbehrlich dünkender religiöser Zeremonien gehindert, schlugen die Söhre ihres Friedens einfach tot. Damit war der Konflikt mit der „Zivilisation“ fertig; die Regierung schickte Polizei, die eine Strafaktion vornehmen mußte und dann auf der Insel blieb. Die letzten Kraustracker im Urzustand aber gehören der Vergangenheit an.

Der Berliner Devisenmarkt steht ganz unter dem Einfluß der Nachrichten über die Londoner Verhandlungen. Das Geschäft hielt sich in sehr engen Grenzen, da die Spekulation größte Zurückhaltung zeigte. Der Dollar legte mit 170 ein und ging zeitweise bis auf 163 zurück. Im weiteren Verlauf hielt sich der Kurs auf etwa 169 bis 170.

Die Gewerkschaften ausgeschaltet!

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift brachte der „Vorwärts“ in der gestrigen Abendnummer eine Notiz, die in ihren Schlussfolgerungen zutrifft, daß nämlich tatsächlich die Gewerkschaften ausgeschaltet sind.

Den ADGB. trifft hieron kein Verstoß. In wiederholten Schreiben hat der Vorstand des ADGB. das Reichsarbeitsministerium ersucht, die vom ADGB. benannten Vertreter zu den Verhandlungen zuzuziehen. Mit Schreiben vom 24. November 1921 wurde auf die Schwierigkeiten, mit denen die deutschen Unterhändler zu rechnen haben, hingewiesen und verlangt, daß zwischen den von der Reichsregierung eingehenden Unterkommissionen ein inniger Zusammenhang hergestellt und ein Meinungs-austausch herbeigeführt wird. Auch in diesem Schreiben wurde schon darauf hingewiesen, daß dem Bundesvorstand nicht bekannt sei, bei welchen Abschnitten des Genfer Diktos überhaupt Arbeitnehmervertreter mit beraten sollen. Ebenfalls sei die von den Epigenverbänden der deutschen Gewerkschaften gestellte Forderung auf Berufung von sachverständigen Beratern des Reichskommissars für die bevorstehende Verhandlung mit der polnischen Regierung restlos erledigt. Insbesondere sei es erforderlich, daß auch sachverständige, Ingenieure, Bergleute usw. mitwirken. Auch in diesem Schreiben wurden erneut die Vertreter des ADGB. genannt. Vom Reichsarbeitsministerium ist trotzdem keine Benachrichtigung oder Hinzuziehung der Vertreter des ADGB. erfolgt.

Als dann bekannt wurde, daß die Verhandlungen in Oberschlesien in Kürze beginnen würden, hat der Bundesvorstand mit Schreiben vom 3. Dezember 1921 nochmals auf die Notwendigkeit der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern hingewiesen und umgehend Mitteilung verlangt, wann die Verhandlungen beginnen, damit die Vertreter des ADGB. zugezogen werden. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß der ADGB. unbedingt darauf besteht, daß seine Vertreter zu den Verhandlungen zugezogen werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat mit Schreiben vom 5. Dezember 1921 mitgeteilt, daß die Verhandlungen bereits am 9. Dezember beginnen und die Vertreter der Regierung mit den Gewerkschaftsführern — Führung aufnehmen werden. Die Verhandlungen selbst sollten zweckmäßig im Sinne der in den Vorverhandlungen mit den Vertretern der Beteiligten festgelegten Grundgedanken zunächst von den beamteten Vertretern der Regierung allein geführt werden.

Es gewinnt hiernach den Anschein, als ob die Regierung tatsächlich nur formal dem Verlangen der Gewerkschaften nach Zuziehung von Vertretern entsprechen wolle, während sie wirklich bei den Verhandlungen ausgeschaltet werden.

Der Vorstand des ADGB. kann in der bisher von der Regierung bewährten Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter eine angemessene Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften absolut nicht erblicken. Nach der Haltung der Regierung ist aber anzunehmen, daß sie auch eine angemessene Vertretung und Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften nicht wünscht.

Es ist nicht die Absicht des Bundesvorstandes, sich mit der von der Regierung beabsichtigten Behandlung abzufinden, er wird vielmehr in geeigneter Weise die ordnungsmäßige Zuziehung der Gewerkschaftsvertreter anstreben.

Ende der Luftkontroll-Kommission.

Wie die PN hören, hat der englische General Masterman, der Vorsitzende der Interalliierten Luftkontrollkommission, mitgeteilt, daß er beabsichtigt, mit Beginn des neuen Jahres die Kommission aufzuheben. Dagegen liegt keine Nachricht darüber vor, daß auch General Koller, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, diese auf ein Drittel einschränken und die Kontrollbehörden in der Provinz einziehen werde.

Die Italienische Kammer hat gemäß dem Vorschlage des Wahlprüfungsausschusses die Wahl des wegen Desertation verurteilten Abgeordneten Milano für ungültig erklärt.

Kleppelsdorf.

Der Nordtragödie letzter Akt.

Nach 13 Tage langer Verhandlung ist also Gruppen für schuldig befunden worden, am 14. Februar bei seinem Besuch auf Schloß Kleppelsdorf die 16jährige Schlossherrin Dorothea Radtke und die Zeugin seiner fuchtbaren Tat, seine 13jährige Stiefnichte Ursula Schade, mit Überlegung erschossen zu haben. Auch die Schuldfrage wegen der an Ursula verübten Einlichtheitsverbrechen wurde beseitigt.

Als der Angeklagte den Saal betrat, um den Wahrpruch der Geschworenen zu vernehmen, merkte man ihm an, daß er einen schweren inneren Kampf niederzukämpfen sich bemühte. Sein volles gesundes Gesicht überzog eine bisher nicht beobachtete Blässe. Ein leichtes Wimperzucken und ein leichtes Zusammenzucken seiner muskulösen Gestalt waren die Wirkung der furchtbaren Tatsache, daß der Stad über ihn gebrochen sei. Der Verteidiger erklärte, keine Anträge stellen zu wollen. Auf den tragenden Blick des Vorsitzenden rafft der Angeklagte sich auf. Lebend und stehend beginnt er: Ich verzichte von vornherein auf jede Revision und auf ein Gnaden-gesuch. (Der Verteidiger unterbricht ihn mit der Bemerkung: Darüber werden wir später reden.) Mit festem werdender Stimme, seine während der ganzen Verhandlung an den Tag gelegte Ruhe wiedergewinnend, fügte er hinzu: Der Wahrpruch der Geschworenen ist ein Fehl-spruch, für den ich Sie oder nicht verantwortlich mache. Ich kann verstehen, wie die Geschworenen zu ihrer Auffassung gekommen sind. Bieleicht wird der Tag kommen, wo das eine oder andere seine Aufklärung finden wird.

Mit größtem Gleichmut vernahm er das auf Todesstrafe und fünf Jahre Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust lautende Urteil. Da der Verzicht auf Rechtsmittel dem zuständigen Gericht er-kärt wurde, ist er unwiderruflich. Das Todesurteil ist somit rechtskräftig. Anders steht es mit Gruppen Verzicht auf die Gnadenmittel. Die Ausübung der Gnade ist von seinem Willen unabhängig. Ein Todesurteil darf nicht vollstreckt werden, bevor das Staatsoberhaupt die Begnadigung abgelehnt hat. Es ist also in jedem Fall vorher zu prüfen, ob von dem Gnadenrechte Gebrauch gemacht werden oder dem Rechte freier Lauf gelassen werden soll. Das Begnadigungsrecht liegt nach Art. 584 der neuen preussischen Verfassung in den Händen des Staatsministeriums, das es namens des Volkes ausübt. Ihm wird es daher obliegen, zu prüfen, ob der Beweis gegen Gruppen so lächerlich geführt ist, daß ein Justizirrtum für ausgeschlossen gelten kann.

Aus den Bezirksversammlungen.

Die westlichen Vororte erneut gegen Groß-Berlin.

Die vergangene Woche hat uns in den meisten Bezirken die Neuwahlen zu den Vorstandämtern der jeweiligen Bezirksversammlung gebracht. Dabei stellte sich sehr bald heraus, daß die Bürgerlichen, durch den „Erfolg“ des 16. Oktober kühn gemacht und weit entfernt, namentlich mit der positiven Arbeit zu beginnen, zunächst keinen anderen Wunsch zu haben scheinen, als ihre Resolutionen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl auszunutzen, ohne Rücksicht auch auf die Geschäftslage, die ein sofortiges Arbeiten dringend erfordert. Das Ziel dieser Bestrebungen, die Zerreißung des neuen Groß-Berlin, tritt unverhüllt zutage. Sehr beachtenswert in dieser Hinsicht sind die Reden der Bezirksbürgermeister in den Bezirken 9, 11 und 12. Die Bürgerlichen werden aber unsere Genossen, und hoffentlich nicht sie allein, auf dem Posten finden.

Im Bezirk 5 (Friedrichshain) hat die Zusammensetzung der Bezirksversammlung eine wesentliche Veränderung erfahren. Die U.S.P. ist mit 18 Mitgliedern noch immer die stärkste Fraktion, die S.P.D.-Fraktion ist auf 14 Mitglieder angewachsen und hat merklich an Einfluß gewonnen. Die K.P.D. haben 8, Deutschnationale 10, Volkspartei 5, Zentrum und Wirtschaftspartei je 3 und die Demokraten 2 Mitglieder. Die bürgerlichen Parteien haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen, die 23 Mitglieder zählt. Ihr Anspruch, auf Grund dieser Stärke den Vorsteher zu stellen, wurde jedoch von den sozialistischen Parteien nicht anerkannt. Zum Vorsteher wurde Felker (U.S.P.) gewählt, zum ersten Vertreter Fuhrmann (Bürgerl.), zum Schriftführer Bänisch (K.P.D.) gewählt.

Die noch weiter vorgesehene Tagesordnung konnte nicht erledigt werden, da von bürgerlicher Seite Einspruch erhoben wurde unter Hinweis auf die §§ 39 und 40 der Städteordnung, welche die Einberufung der Versammlung durch den Vorsteher als zwingendes Recht vorschreiben. Da die erste Versammlung durch den Bürgermeister einberufen wurde, könnten ihre Beschlüsse erst beanstandet werden. Infolge dieses Einspruches mußte die Sitzung nach der Konstituierung der Versammlung abgebrochen werden.

In der Bezirksversammlung des Bezirks 7 (Charlottenburg) hielt Bürgermeister Scholz die Begrüßungsrede und benutzte sondersbarerweise diese Gelegenheit, um Klagegebet über eine zu scharfe und unberechtigte Kontrolle der Berliner Zentralverwaltung zu fällen. Zum Vorsitzenden der Bezirksverordnetenversammlung wird sodann Dethleffen (Dnat.), zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Dr. Briz (Dem.) und Genosse Dr. Borchardt, zu Schriftführern Genosse Richter, die Herren Müller-Frantz und Schriller und Fräulein Wiegmann gewählt.

Für die Instandhaltung der Schulgärten werden aus Vorbehaltsmitteln 11 000 M. bewilligt. Eine umfangreiche Vorlage zur Weiterführung der städtischen Wohlfahrtsvereine für Bürgerinnen wird einem Ausschuss überwiesen. Die Ausgaben betragen 62 500 M. Die Einnahmen sind auf 25 000 M. berechnet. Die noch erforderlichen 37 500 M. sollen in den Haushaltsplan für das Jahr 1922 eingestuft werden.

Für die offene Armenpflege müssen 594 860 M. nachbewilligt werden. Um dringend notwendige Büroräume zu schaffen, ist der Bau eines zweistöckigen Verbindungshauses zwischen Rathaus und Kirchhoffstr. 9 erforderlich. Die Kosten im Betrag von 2 300 000 M. werden ebenfalls bewilligt. In der Diskussion fordert Genosse Richter Abhilfe für die Wohnung der Schuldners in der Gemeindegasse 3 und 4, da der gegenwärtige Zustand die Gesundheit der Familie sehr gefährde.

Bei der Vorlage, welche die Nachbewilligung von Mitteln und eine zukünftige Erhöhung der Gebühren für Wegschaffung

des Hausmülls fordert, gelingt es den bürgerlichen Parteien, eine Resolution zur Annahme zu bringen, in der gefordert wird, den städtischen Körperschaften Berlins zu empfehlen, diese neue Belastung des Hausbesitzers bei der Festsetzung der Höchstmieten voll zu berücksichtigen.

Zum Schluß wird eine Anfrage besprochen, in der Klaukoff über einen Angriff veranlagt wird, den die „B.Z.“ vor einiger Zeit gegen das Charlottenburger Wohnungsamt gerichtet hat. Der stellvertretende Bürgermeister Genosse Hirsch weist nach, daß die Haltung des Charlottenburger Wohnungsamtes durchaus einwandfrei war. Es sei höchst bedauerlich, daß eine gewisse Sensationspresse unbesehen und kritiklos alle Angriffe gegen die Wohnungsämter annimmt.

Im Verwaltungsbezirk 9 (Wilmerdorf) wurden die Bezirksverordneten durch Bürgermeister Augustini in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. In seiner einleitenden Ansprache trat der Bürgermeister für eine weitere Selbständigkeit der Bezirke in der Einheitsgemeinde ein. Zum Vorsteher wurde Oberverwaltungsgerichtsrat Lorenz (Dnat.), zum stellv. Vorsteher Genosse Suter und Lehrer Budel (D. Vp.), zu Schriftführern Harnisch (Dem.), Vangehne (Dnat.) und Boigt (D. Vp.) gewählt. In den Wahlabschluß wurden die Genossen Lüdemann und Suter sowie Scholz (U.S.P.) gewählt. Der S.P.D.-Fraktion mit 6 Bezirksverordneten und einem Stadterordneten haben sich die 3 U.S.P. als Hospitanten angeschlossen.

Die Erhöhung der Gebühren für die städtische Müllabfuhr wurde einem 15-köpfigen Ausschuss überwiesen, dem Genosse H. Freuß (S.P.D.) und Scholz (U.S.P.) angehören. Bei Beratung legte, wie vorausgesehen, ein Klagebet der gar jämmerlich tuenden „armen Hausbesitzer“ ein. Bezirksverordneter Heinrich (Dnat.) klagte über hohe Kosten sowie Rechtsanmaßung der Hausbesitzer, die kaum ein Stück troden Brot hätten.

Bezirksversammlung 11 (Schöneberg-Friedenau). Die neu-gewählten Bezirks- und Stadterordneten wurden in der letzten Sitzung durch den Bürgermeister Berndt eingeführt. In seiner Einleitungsrede wies er darauf hin, daß es Aufgabe der Bezirks- und Stadterordneten sein solle, die Interessen des Bezirks gegenüber Berlin mit aller Kraft zu vertreten. Zum Vorsteher wurde der Bezirksverordnete Dr. Teuffer (D. Vp.) und als Stellvertreter der Genosse Erdmann gewählt. — Die Bezirksversammlung beschloß, in Zukunft die regelmäßigen Bezirksversammlungen — wie in den übrigen Bezirken Groß-Berlins — Mittwochs abzuhalten.

Im 12. Bezirk (Steglitz-Lichterfelde) eröffnete der Bürgermeister Sembrecht die erste Bezirksversammlung nach den Wahlen mit einer scharfen Rede gegen Groß-Berlin. Die dabei ent-festehende Unruhe auf der linken Seite veranlaßte ihn dann wohl, einen Teil seiner Ausführungen zu verschweigen. Nach der Vorstandswahl, bei der der bisherige Vorsteher Schwarz (D. Vp.) in sein Amt wieder eingesetzt wurde, kam es zu einem neuen Zusammenstoß. Schwarz meinte, daß man jetzt nach den Vorschriften der Städteordnung tags. Deswegen könne die vom Bezirksamt festgestellte Tagesordnung nur beraten werden, sobald er als Vorsteher die Tagesordnung übernehme. Er wolle sie übernehmen, wenn kein Widerspruch erfolge. Die Linke erhob Widerspruch. Damit verfiel die Sitzung der Vertagung, ohne daß auch nur einer von den vielen Tagesordnungspunkten erledigt wurde. Im Bezirk 12 treibt die Mehrheit jetzt eine Parteipolitik, die nicht im Interesse Groß-Berlins, sondern zum Vorteil der Zerspaltung zugunsten der westlichen wohlhabenden Vororte dienen soll.

Groß-Berlin

Neues Unwetter.

Was das Wetter im November, dem herkömmlichen Regen-, Nebel- und Unwettermonat verläuft hat, das scheint es jetzt reichlich nachholen zu wollen. Nach dem schlimmen Orkan am Sonntag war eine Pause eingetreten. In der vergangenen Nacht aber tobte und legte ein neues Unwetter über Berlin hinweg, dessen Folgen zur Stunde noch nicht abzusehen sind. Besonders schwer haben unter diesem Wetter alle jene Mieter zu leiden, deren Wirte es veräumt haben, die Dächer rechtzeitig ausbessern zu lassen, so daß den Mietern das Regenwasser in die Zimmer läuft, eine schwere gesundheitliche Gefahr für die Insassen. Wenn jetzt die Mietpreise wieder erhöht werden, so sollten die Behörden aber auch auf die Durchführung lebensnotwendiger Reparaturen an Häusern und Wohnungen sehen.

Auch aus dem Reich kommen neue Unwettermeldungen. Die Hamburger Seewarte erläßt Sturmwarnungen. Eine neue tiefe Sturm-Depression ist vom Atlantischen Ozean her wieder im Anzuge. Damit ist auch wieder die Gefahr von Sturmflut und Hochwasser für den Hamburger Hafen gegeben. Ein außerordentlich schwerer Unwetterchaden wird in letzter Stunde aus Westerland (Ansel Sülz) gemeldet. Dort ist die im Frühjahr d. J. unter Aufwendung von 1 Million Mark errichtete Strandmauer infolge des Sturmes und des außergewöhnlich hohen Wasserstandes zum größten Teil eingestürzt.

Raubüberfall auf einen Juwelier.

Auf den im Hause Uhländstr. 48 wohnenden Juwelier Bonih wurde gestern abend ein schwerer Raubüberfall verübt. In den Laden des Genannten kam kurz vor Geschäftsschluß, gegen 7 Uhr, der 20 Jahre alte Drogerist Will Tierlein aus der Uhländstr. 132 unter dem Vorgeben, noch einen Ring kaufen zu wollen. Weil der junge Mann ihm bekannt war, fand sich der Juwelier bereit, ihm trotz der vorgeführten Stunde noch einige Ringe vorzulegen. Während Tierlein sich um Schein diese Vorlagen anjah, zog er plötzlich einen Revolver aus der Tasche, schoß auf den ahnungslosen Geschäftsmann und traf ihn schwer in den Kopf. Der Betroffene konnte noch um Hilfe rufen, und so gelang es mehreren Leuten und einem Beamten der Schutzpolizei, die herbeigezogen kamen, den Täter auf der Stelle festzunehmen. Bonih wurde nach dem Krankenhaus in der Achenbachstraße zu Wilmerdorf gebracht. Seine Verletzung ist lebensgefährlich. Tierlein wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Verkauf von fiskalischem Gelände in Berlin-Johannisthal.

Wie an anderen Stellen Groß-Berlins, so hat der Staatsfiskus, einer im Kriege gegebenen Zusage entsprechend, zu billigen Preisen Staatsland für die gemeinnützige Siedlungsarbeit abgegeben u. a. auch in Johannisthal für die Eisenbahner-Kolonia-lungs-Gesellschaft. Jetzt verläuft aber, daß die Genossenschaft den noch nicht verwendeten Teil des Geländes, an der Bahn entlang, weiter verkaufen wolle. Hat der Staat, so schreibt man uns, so billiges Land hergegeben, um es schließlich in andere als die ursprünglich gedachten gemeinnützigen Hände übergeben zu lassen? Grund und Boden, der einmal dem Zugriff des Privatkapitals und der Spekulation entzogen ist, sollte, ganz gleich, ob es Staats- oder Gemeinde- oder Genossenschaftsbesitz ist, in den Händen solcher das Gemeinrecht vertretenden Körperschaften bleiben.

Ein Rathaus für den Verwaltungsbezirk Tempelhof.

Das Bezirksamt Tempelhof hat bei der Bezirksversammlung beantragt, der Errichtung eines Rathauses näherzutreten. Durch den Bau würden 26 Wohnungen von zwei bis fünf Zimmern und auch Klosterräume für die Säulen frei werden. Als erste Variante wird die Bewaldung von zwei Millionen beantragt. Natürlich ist der jegliche Bauentwurf wesentlich einfacher gehalten als der ursprüngliche großartigere Plan vor dem Kriege.

Schupo gegen Weihnachtsbaumwucher. Um sowohl dem Wucher, wie auch den Ausschreitungen, die er zur Folge hat, ein Ende zu machen, werden von jetzt an die Postbeamten auf die Vorgänge auf diesem Gebiete des Weihnachtsmarktes ganz besonders achten. Wo wucherische Preisforderungen gestellt werden, werden sie die Weihnachtsbäume kurzerhand beschlagnahmen und gleich an Ort und Stelle zu angemessenen Preisen verkaufen.

Drohender Hauseinsturz in Moabit. Die Bewohner des Hauses Turmstr. 65, Ecke Gohlswaldstraße, sind in Lebensgefahr geraten, da Stützungsarbeiten des Gebäudes, die seit Wochen nötig gewesen wären, nicht durchgeführt worden sind. Von Beamten der Bau-polizei und den Architekten wird die Situation als außerordentlich ernst bezeichnet, schon deshalb, weil bei einem Einsturz des großen Eckhauses nicht nur die zahlreichen Bewohner in Gefahr kommen können, sondern weil an diesem Verkehrsknotenpunkt bei einer Katastrophe Hunderte von Passanten in Gefahr geraten könnten.

Mit dem Auto in die Grube. Im Treptower Park hat sich gestern abend ein schwerer Autounfall ereignet. Um 11 Uhr kam ein Privatauto die Straße entlang, durchfuhr einen Baugruben und stürzte in die Baugrube der Wasserleitung, obwohl die Stelle mit einer roten Sicherheitslaterne beleuchtet war. Zwei im Wagen sitzende Damen und ebenso ein Herr erlitten Verwundungen. Der Chauffeur kam mit dem bloßen Schreden davon. Das Auto wurde vollständig zertrümmert.

Die Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Berliner Vorort-strecken, die bereits vor mehreren Wochen in vollem Umfang aufgenommen worden sind, werden durch die beschriebene Einrichtung einer Bauabteilung, die ihren Sitz auf dem Vorplatz des Bahnhofs Gesundbrunnen erhalten soll, wesentlich gefördert. Für die zunächst mit elektrischer Zugförderung zu versehenen Strecken Berlin-Bernau und Berlin-Grünau sollen als die nächsten Arbeiten die drei Umformstationen in Pankow, Hermsdorf und in Röntgenial ausgeführt werden.

Die Einwohnerzahl des Verwaltungsbezirks Lichtenberg betrug am 30. November 1921: 195 996 Personen.

Der Teil über Kreisfalkenberg für 1922 pflegt, wie auch in den Vor-jahren, besonders Heimattumbe und Beschäfte. Von die'n Beiträgen ist beachtenswert der ausführlich gehaltene von Dr. Albert Kietzsch über das Germanische Heitergrab in Heilsberg, ein „Geolo-gische Wanderung von Hangoß nach Müllental“ von Professor Solter, der „Großmännlicher Weibchen als Retardations“ von Privatdozent Dr. Schulze. Die Monatsblätter mit Beiträgen von H. Reimer haben Bezug auf allerlei legendäre Sitten des Teltow. Eine gute Kreisfalkenberg liegt bei. Man kann sich des Kalenders (Preis 3 M., Verlag A. Kahle Berlin W. 35) nur erfreuen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

61. Wkt. Reichst. Erste abend 9 1/2 Uhr Voranbahnung, 7 1/2 Uhr Zusammen-sitzung bei Demmann, Voranbahnung, 12. Uhr Sitzung der Gesamtheit, rote Funktionärer mitbringen, Materialausgabe.

Gewerkschaftsbewegung

Sicherheitspolizisten als Streikbrecher.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 8. Dezember über den Streik in der Hebefabrik Müller. In dem von der Streikleitung kommenden Bericht war auch die von uns wiedergegebene Behauptung enthalten, daß sich Sicherheitspolizisten als Streikbrecher betätigt haben. Dazu teilt uns der Polizeipräsident jetzt mit:

„Die vom Kommando der Schutzpolizei eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß keiner der Beamten Streikbrecherdienste geleistet hat. Die befragten Streikposten haben ebenfalls von einer Streikbrecherarbeit nichts gesehen. Es konnte lediglich nachgewiesen werden, daß an einem Nachmittag während des Streiks ein dort postierter Beamter eine abgeladene Lanze mit dem Fuße weiter gestoßen hat.“

Die Beamten sind angewiesen, sich in Zukunft so zu verhalten, daß ihr Benehmen keinen Anlaß zu falschen Auffassungen geben kann.“

Göge und Jammer

heißt eine Firma, die ihr Domizil in Berlin Norden, Fehrbelliner Straße 45, aufschlägt. Von etwa 40 Beschäftigten haben 30 Arbeiterinnen in dem Alter von 14 bis 20 Jahren Stundenlöhne von 1,40 bis 2 M., während der Tariflohn für Arbeiterinnen über 18 Jahren 5,65 M. beträgt. Die Arbeiterkraft, die bisher unorganisiert war, trat nun an den Metallarbeiter-Verband heran, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Ein Betriebsrat besteht nicht. Es fehlt an genügender Wascheinrichtung und Garderobenräumen. Die Arbeiterinnen waren auch bei Akkordarbeit, wo an und für sich der Verdienst nicht wesentlich höher ist als die angegebenen Stundenlöhne, verpflichtet, nebenbei die Defen zu heizen und das Brennmaterial heranzuschaffen.

Als ein Vertreter des DMB bei der Firma vorstellig wurde, erlaubten sich die Inhaber, ihn in bröckeltem Tone anzusprechen, wie er dazu läme, ihre Firma in Verammungen als „Schubade“ zu bezeichnen. Der Vertreter des DMB mußte ihnen allerdings darauf erwidern, daß er zwar in Verammungen das nicht gelagt habe, aber hier möchte er doch sagen, daß diese Fabrik eine Schubade ist. Irrendwischen vernünftigen Erwägungen waren die Herren nicht zugänglich. Es brauche ja niemand anzufangen, wenn es nicht passe, man bekomme immer noch genügend Arbeiter und Arbeiterinnen. Dem Verbandsvorsteher wurde daraufhin die Tür geschlossen.

Die meisten Arbeiterinnen, die jetzt den Wert der Organisation erkannt haben, zogen daraus die Konsequenzen und haben sofort den Betrieb verlassen, weil sie wissen, daß sie andernwo mindestens das Dreifache verdienen, als bei Göge u. Jammer.

Der Metallarbeiter-Verband hat über den Betrieb der Firma Göge & Jammer, Spritzgussfabrik, Berlin N., Fehrbelliner Str. 45, die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort in Arbeit treten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Neue Gehaltszulagen in der Konfektion. Die Angestelltenfunktionäre der Bekleidungsindustrie, die dem IFA angehören, nahmen am Dienstag in einer Versammlung den Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Konfektion entgegen. Den Bericht erstattete Hoffmann. Es handelt sich darum, noch während der am 31. Januar ablaufenden Tarifzeit Gehaltszulagen von 30 und 35 Proz. für alle vier Branchen zu erhalten. Die Arbeitgeber bewilligten die Gehälter der Herren- und Knabenkonfektion und für die Damen- und Mädchenmantelkonfektion Zulagen von 25 Proz., für die der Hüsen- und Kleiderkonfektion und der Herrenwäschereibranche aber nur 20 Proz. Die Bewilligung bezieht sich auf die Gehälter für Dezember und Januar. Der Anwill über die Differenzierung kam in der Diskussion lebhaft zum Ausdruck und die Frage, wie und wann der Ausgleich herbeizuführen sei, wurde eingehend debattiert. Die Versammlung nahm dann die Zugeständnisse der Arbeitgeber gegen 18 Stimmen an. Ferner sprach sich die Versammlung einstimmig dafür aus, daß die Gehaltszüge zum 31. Januar gekündigt werden sollen.

In Jena wurden bei der Wahl der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes gewählt: 6 Kommunisten, 3 U.S.P. und 2 S.P.D.

Fromme Wünsche hat der Allgemeine Bund der französischen Produktion (Arbeitgeberbund) auf seiner Generalversammlung geäußert. Er hat sich nämlich für die Abschaffung des Telephonbetriebes ausgesprochen. — Nach der „Patriotismus“ der deutschen Industrie so schnell Schule?

Gewerkschafts-Unterkommission Neubau. Für Betriebsräte, deren Betriebe der Ortsratsentscheide Neubau-Prin angehören, Donnerstag, 7 Uhr, bei Volk, Neubau, Kirchhofstr. 41: Versammlung

Aus der Partei.

Das Kulturprogramm aller Schaffenden.

Am 28. September 1921 hat sich die deutsche Sozialdemokratie auf ihrem Göttinger Parteitag ein neues Programm gegeben. In der Tat, ein neues, mitten in den Uebergang zum Sozialismus hingeworfenes Programm. Die Seele tiefgründiger Umgestaltungswerte schlägt mit mächtigem Puls überall in diesem Programm. Diese aus der Novemberrevolution geborene Arbeit heilste geistige Tätigkeit der Genossen zu einem Kulturprogramm aller Schaffenden geworden ist. Als solches bietet es sich uns in dem soeben erschienenen Kommentar des Genossen Friedrich Stampfer dar: Das Göttinger Programm (Berlin 1922, J. H. W. Dieck Nachfolger und Buchhandlung Vorwärts).

Die Sozialdemokratie ist die Partei aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind. Und Stampfer zeigt in seinem Kommentar anschaulich die enge, innerliche Verbindung der Sozialdemokratie mit jedem Arbeit leistenden Menschen. „Mag er den Flug führen oder den Hammer schwingen“, so schreibt er, „an der Maschine oder am Schreibtisch sitzen, mag er als Handarbeiter oder Kopfarbeiter, Angestellter, Beamter, Arzt, Anwalt, Lehrer, Schriftsteller, Künstler; mag er in Landwirtschaft, Industrie, Handel oder in den sogenannten „freien Berufen“ tätig sein, soweit er durch seine Arbeit ein nützlich Mitglied der Gesellschaft ist, fühlt die Sozialdemokratie sich zu ihm gehörig und wünscht sie, daß er auch sich zu ihr gehörig fühlen möchte.“ Die Auffassung Ferdinand Lassalles von dem Arbeiter wird wieder lebendig, die in dem „Arbeiterprogramm“ niedergelegt ist. „Arbeiter sind wir alle, insofern wir eben den Willen haben, uns nützlich zu machen.“ Die strenge vom Klassenurteil aufgerichtete Scheidlinie zwischen dem geistig und körperlich Arbeitenden ist gefallen. Arbeiter ist jeder auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesene Schaffende.

Die Sozialdemokratie ist nicht eine Arbeiterklassenpartei im Sinne einer bloßen Partei des Proletariats, das allein das große sozialistische Befreiungswort vollbringen kann. Die Sozialdemokratische Partei umfaßt nicht nur proletarische Elemente, sondern Angestellte, Beamte, Intellektuelle, selbständige „kleine Existenzen in Handwerk, Handel und Landwirtschaft“. Schon das Erfurter Programm charakterisierte sich nicht als ein rein lohnproletarisches Programm. Es sprach die gesellschaftliche Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus als die Befreiung der gesamten, unter den heutigen Zuständen leidenden Menschheit an, es bekämpfte die Ausbeutung, die Unterdrückung jeder Art, richtete sich nicht gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse.

Als wirkliche Kulturträgerin ist die deutsche Sozialdemokratie als politische Partei zur Welt gekommen. Lassalle rief die Alliance der Wissenschaft mit der Arbeit aus, Lassalle kennzeichnete die neue Vera der sich befreienden Arbeit als das Zeitalter eines neuen Staates der Kultur und Gerechtigkeit, der Verwirklichung der Idee der Solidarität.

Was bei Lassalle noch reine Theorie war, ist jetzt lebendigste Praxis geworden. Und klar formuliert dabei diese Praxis aus dem Programm-Erklärungen unserer Genossen Stampfer, Pfiff, Quard zu uns. Wer ein klar Schaffender am Kulturprogramm der deutschen Sozialdemokratie werden will, muß sich in die jetzt erscheinenden Kommentare zum Göttinger Programm vertiefen.

Paul Kampffmeyer.

Ein alter Parteioberer starb am 16. Dezember in der Person des 70jährigen Stadtrats Genossen Paul Müller. B. Lichterthal, gehörte er doch mit zu jener ehrwürdigen Kerntruppe des Sozialismus, die in der Zeit des „Sozialdemokrat“ in Zürich das Banner des Sozialismus hochhielt, wobei ihn besondere Freundschaft mit dem jetzigen Rektor der Schweizer Sozialdemokratie, Genossen Greulich, verband. In seinen Londoner Jahren verkehrte Müller vielfach im Hause von Karl Marx, so daß er wertvolle Erinnerungen vom „Rohrlichen Kreise“, von Marx, Engels, Bernstein u. a. geben konnte. Nach Deutschland zurückgekehrt, betrieb er in Baden-Lichtenhal eine angelegene Schreinerei, wurde nach dem Tode des roten Apothekers Theodor Lehner der einzige sozialdemokratische Stadtrat in Baden-Baden und gehörte nach der Revolution der Badischen Nationalversammlung und dem Landtag der ersten Badischen Republik als Mitglied an. Mit ihm sinkt ein Stück Parteigeschichte ins Grab.

Aus aller Welt.

Furchtbare Sturmflut auf Sylt.

Kiel, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Durch die anhaltenden aus Südwest anströmenden mächtigen Fluten wurde die Strandmauer, die teilweise erst in diesem Jahre wieder neu erbaut wurde, auf eine Länge von etwa 250 Metern unterpült. In der Nacht vom 20. zum 21. Dezember stürzte die Mauer und die dahinter liegende Kurpromenade in einer Länge von etwa 150 Metern unter furchtbarem Getöse zusammen. Die Fluten sind bereits bis an die Fundamente der am Strande liegenden Gebäude herangetreten, so daß größere Unglück nicht vermeiden läßt. Die Bevölkerung steht der Naturgewalten machtlos gegenüber. Die nördlich von Westerland gelegene Düne ist gleichfalls von den Sturmfluten so stark mitgenommen, daß befürchtet werden muß, daß die Fluten die Insel überschwemmen werden.

Ein neues Fremdwort ist im Entstehen begriffen: Der Reparismus. Die Verdeutschung soll lauten: Die Wiederquimachung.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Hans Kluge, Berlin-Lichtenfelde; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse, 1. Ziehungstag, 20. Dezember 1921.

Au jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Obere Gewinne	Nachdruck verboten
In der Sonntagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:	
2 x 10000 Mk. 217002	
2 x 5000 Mk. 4930	
4 x 500 Mk. 9854 43404	
10 x 400 Mk. 32168 109776 205945 240518 248169	
20 x 300 Mk. 21817 75106 98119 104688 131674 184412 181400 188013	
120784 204587 257105 268171 280143	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:
2 x 30000 Mk. 134024
2 x 3000 Mk. 668
2 x 1000 Mk. 33751
2 x 500 Mk. 349972
8 x 400 Mk. 41243 178045 190765 250806
22 x 300 Mk. 4517 9063 67076 68709 131291 137263 166774 192028
202713 272700 598845

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Der deutsche Weinbrand

EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

Platin
Gold-, Silberbr., Zähe
Zinn
Blei, Kupfer, Quack-silber usw.
Inhalt zum Engrospreis
Scharow, Langstr. 35
am Schiffsdenkmal

Passende Weihnachtsgeschenke
Puppenwagen, Puppensportwagen,
Kindermöbel usw., Metallbettstellen,
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel
Fürst, Neukölln,
Hermannstr. 35, Ecke Mahlower Straße
Fabrik für Rehebetten, Auflegematratzen und
Korbmöbel.
Fabrikpreise

Das praktischste Weihnachtsgeschenk!

Linoleum

als Zimmerbeleg, Läufer, Teppich und
Waschtischvorlage in großer Auswahl

WACHSTUCH

vom Stück und in fertigen Decken
Abtreter-, Kekos-, Schilf- und Sassenmatten
in allen Qualitäten und Größen
Bohnerwachs-, Öl- und Linoleum-Oel stets vorrätig
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

G. Bargende Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 19
Nähe Kurfürstendamm. Steinplatz 4/91.

Kapitän-Kautabak
Berlin, Lichterberger Str. 22 (Rönigkstr. 1083)

Ein neues Buch
für junge und alte
Sozialdemokraten

ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

von
JULIUS BRUHNS
herausgegeben
zum 70. Geburtstag
Hermann Möllerbauers

Selbsterlebte Geschichten
aus der Sturm- und
Drangzeit der Partei

PREIS 14.- MARK
elegent gebunden

Buchh. Vorwärts
BERLIN SW 68
Lindenstr. 2

Gold-Silber - Bruch, Gegenstände

Platin - Zahngebisse
Quecksilber - Brillanten

verkauft Händler und Private am besten und reellsten an die
handelsgerichtlich eingetragene Firma

HEINRICH TRAPP

Edelmetall- und Juwelengroßhandlung
Beuthstr. 10 (Laden), am Spittelmarkt
Telephon: Zentrum 1876

Zu noch sehr angemessenen Preisen kaufen Sie:

Seidenschals von **32.-** an
Wollschals von **65.-** an
Rodelgarnituren (Schal und Mütze) von **135.-** an

Oberhemden, Einsatzhemden, Normalwäsche, Seidenkrawatten und Strickbinder, Leinen- und Sportwäsche
Spezial-Dauerwäsche i. best. Qual. noch sehr preiswert bei

J. Alberg, Spezialhaus „Klek-Weit“, Neukölln, Bergstr. 155
Berlin, Oranienstr. 199
Berlin, Danziger Str. 14

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrang.
Neu. Gr. Ausw. Bill. Preise.
Edmund Voß, 81a-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz
— Tel.: Neukölln 2204
Reparatur sämtl. Korbwaren

Möbel-Transporte
In- und Ausland
ERNST BOLDT
Berlin C84, Untergrundbhf. Schönhauser Tor
Norden 646, 2775, 9414
Berlins größtes Spezial-Geldschrank-
und Maschinen-Transport-Geschäft !!

Haut-Geheimts

Unterleibschmerzen, Gicht, freies u. ver-
altetes, bei Männern und Frauen; ohne
Betäubung, Heilung über 30 Jahre
bemüht durch **Hundert Heilung**. — Spröde,
Behandlungsgesell: 9-1, 4-7, Sonntag,
3-1. — Heilungst. i. elektro-therm. und Licht-
therapie u. Natur-Heilmitteln, Berlin SO 10,
Lindenstr. 10b (Bahnhof Zoo) (Bahnhof Zoo)

Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
anpr. I. Anst., v. 6. deutsch. Regierung, anpr.
30-jährige Praxis